

Einige grundsätzliche Gedanken zur christlichen Politik

1. Was bedeutet „christliche“ Politik

„Christlichkeit“ ist kein geschützter Begriff. Sogenannt „christliche Politik“ machen viele. Die evangelikalen Hardliner unter den Republikanern in den USA, die schweizerische Katholische Volkspartei, die CVP, die Christlichsozialen, Basisbewegungen in Latein

amerika, Christen für den Sozialismus, kurz: Wir finden im ganzen politischen Spektrum immer auch Gruppierungen, die für sich das Etikett „Christlich“ in Anspruch nehmen. Pinochet in Chile und die Sandinisten in Nicaragua bezeichneten ihre Politik gleichermassen als „christlich“. Ist das „Christliche“ zu einer Leerformel in der Politik verkommen? Sagt es überhaupt noch etwas über Inhalte aus? Ist es nicht ein Hemmschuh im öffentlichen Auftreten einer Partei geworden? Positiv wird es kaum mehr wahrgenommen. Nur im Falle eines Skandals – Denken wir an die DC in Italien oder die CDU in Deutschland – weiss die Öffentlichkeit plötzlich ganz genau, dass dieses Verhalten sicher nicht christlich war. Sollten wir nicht besser auf das hohe „C“ verzichten?

Erschwerend tritt hinzu, dass das „Christliche“ heute keine konfessionelle Bindung mehr impliziert. Die CVP will keine katholische Partei mehr sein. Sie ist somit nicht mehr eine Partei, die es sich zur Aufgabe macht, die Soziallehre der kath. Kirche in den politischen Alltag umzusetzen, geschweige denn Direktiven des kirchlichen Lehramts z.B. in Bezug auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Was ist dann aber der Bezugspunkt des Christlichen, woher kommt dessen Legitimation? Ist es die Bibel? Doch können wir dieser überhaupt Leitlinien für das politische Alltagsgeschäft entnehmen?

Eine Partei, die sich bewusst christlich nennen will, ist daher heute aufgefordert, darüber Rechenschaft abzulegen, worin für sie das spezifisch Christliche besteht. Dem sollen die folgenden Überlegungen dienen.

1.1. Was christliche Politik nicht sein kann

Christliche Politik kann heute offensichtlich nicht das Spezifikum nur einer Partei sein. Wir haben in der Schweiz mehrere grössere und kleinere Parteien, die sich in irgendeiner Form christlich nennen. In den meisten Parteien finden wir auch Politiker und Politikerinnen, die für sich in Anspruch nehmen, dass ihre Politik auch mit ihrem christlichen Glauben im Einklang sei.

Eine christliche Partei kann sich heute auch nicht mehr als die politische Abteilung einer Kirche verstehen. Gegen diesen Anspruch wehren sich sowohl die Parteien wie auch die Kirchen. Von wenigen Einzelfragen abgesehen (z.B. Bistumsartikel in der BV) gibt es im politischen Alltag nicht mehr die Notwendigkeit, dass eine Partei für die Interessen einer Kirche einsteht.

Doch wie soll sich Politik als christliche Politik legitimieren? Das Neue Testament enthält kein Parteiprogramm. Im Gegenteil, es sperrt sich gegen jede allzu billige Vereinnahmung durch parteipolitische Interessen. Denken wir nur an die Bergpredigt.

Im Laufe der Geschichte ist jede Gruppierung, die versucht hat, Jesu Botschaft kompromisslos in konkrete politische Forderungen umzusetzen, gescheitert (z.B. die Quäker in den USA). Natürlich besteht immer die Versuchung, einzelne Bibelzitate für die eigene Politik fruchtbar zu machen. Doch stellt sich bei solchem Handeln sofort die Frage, warum man denn ausgerechnet dieses Bibelzitat verwende und nicht ein anderes.¹ Bibelzitate eignen sich wohl als Garnitur, aber nie zur Begründung politischen Handelns. Meist ist es klüger und auch redlicher, auf diese Garnitur zu verzichten.

Mit dieser Negativanzeige stellt sich aber die Frage nach dem Bezugspunkt christlicher Politik um so dringender.

1.2. Was christliche Politik sein muss

In den Siebziger- und Achtzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts hat in der theologischen Ethik eine intensive Diskussion darüber stattgefunden, worin des nun das spezifisch Christliche einer dem christlichen Glauben verantworteten theologischen Ethik bestehe.² Diese Diskussion darf inzwischen als abgeschlossen betrachtet werden. Sie hat logischerweise auch Konsequenzen für jene christlichen Parteien, die sich fragen, welche Bedeutung denn nun das „C“ für ihr Parteiprogramm habe.

Der Konsens, der damals gefunden wurde, lässt sich kurz so umschreiben:

Aus der biblischen Offenbarung lassen sich keine konkreten handlungsleitenden Normen für die konkrete Ethik – und damit auch für die Politik – ableiten. Eher ist das spezifisch Christliche im Bereich von Grundwerten zu suchen, die sich auch als „roter Faden“ durch die Bibel ziehen. Allerdings sind auch diese nicht exklusiv christlich. Spezifisches dürfte eher in dem durch diese Werte begründeten Menschenbildern zu suchen sein, die meist auch Wertvorzugsurteile beinhalten. Im Besonderen ist dagegen das Christliche in der Motivation zu sehen, das als richtig und gut Erkannte auch in die Tat umzusetzen. Christinnen und Christen haben eine verstärkte sittliche Pflicht, dem sittlich Guten notfalls auch gegen die eigenen Interessen, z.B. für das Gemeinwohl, zum Durchbruch zu verhelfen. Die Auferstehungshoffnung lässt sie auch dann noch für das Gute einstehen, wenn nach menschlichem Ermessen die Chancen gering sind oder sie sogar deswegen angefeindet werden. Christinnen und Christen haben einen Grund, wider jede Hoffnung zu hoffen und dem Guten eine Chance zu geben.

Dies hat Konsequenzen für die Politik. Zuerst einmal im kritischen Sinne:

Der oben erwähnte Sachverhalt ist keine frohe Botschaft für jene Politiker, die sich nach Meinungsumfragen und Trends richten und die der Sittlichkeit erst dann eine Chance geben, wenn sie sich mit Wähleranteilen bezahlt macht. Zur Kenntnis zu

¹ In diese „bibelfundamentalistische Falle“ ist vor einigen Jahren auch Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz der Schweizer Bischofskonferenz und des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes „Welche Zukunft wollen?“, Bern 1998, getappt. Mit Verweis auf das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg (Mt 20,1-16) wird das Prinzip des Leistungslohns in Frage gestellt. Zurecht hat Bruno Gehrig darauf hin gewiesen, dass man mit dem Gleichnis von den Talenten (Mt 25,14-30) dieses auch begründen könnte. (NZZ vom 31.12.99, S. 27)

² Dieser Konsens wurde unter der Formel „Autonome Moral im christlichen Kontext“ gebracht. Dafür stehen die Namen von bekannten theologischen Ethikern wie z.B. Alfons Auer, Bruno Schüller, Dietmar Mieth und dem leider allzu früh verstorbenen Schweizer Moraltheologen Franz Böckle. Das Konzept hat sich sowohl im ökumenischen wie auch im gesellschaftlichen Diskurs der vergangenen Jahrzehnte bewährt.

nehmen ist es trotzdem. Im Rückblick sind wir froh, dass es in Krisenzeiten immer auch C-Politiker gegeben hat, die genügend Rückgrat und einen langen Atem besaßen. (Denken wir z.B. an Konrad Adenauers Einstehen für die Demokratie während der Nazizeit.)

Offensichtlich gibt es aber Handeln und auch Politik, das eindeutig mit dem christlichem Glauben nicht zu vereinbaren ist. Totalitarismus, Rassismus, Sexismus und weitere „-ismen“ sowie deren Folgen wie Diskriminierung, Ausgrenzung bis hin zur Folter zählen dazu. Die Basis zur Beurteilung und Verurteilung solcher Einstellungen und Handlungen entnehmen wir den oben erwähnten Grundwerten, die wir für jede Gemeinschaft als konstitutiv erachten. Oft teilen wir diese Grundwerte auch mit Nichtchristen.³ Für uns aber – und das ist entscheidend – sind diese Grundwerte biblisch begründet. Hier kommt wie schon erwähnt die Bibel zur Begründung des Christlichen ins Spiel. Aber eben nicht in bezug auf die Normbegründung z.B. von neuen Gesetzestexten, sondern auf der Ebene von Leitideen, die als Grundwerte unser Handeln leiten und prägen. Dabei geht es dann nicht mehr um einzelne Bibelzitate, sondern um die Tiefenstruktur der Bibel: Es geht dabei im eigentlichen Wortsinn um die Welt-Anschauung. So sehen wir als Christinnen und Christen die Welt, nicht nur wie sie ist, sondern vor allem wie sie sein sollte. Dies ausführlicher zu entfalten ist an dieser Stelle nicht möglich. Ich werde unter dem Stichwort „Menschenbild“ noch darauf eingehen.

Christliches Handeln ist demzufolge auf der konkreten Normebene nicht so einfach zu bestimmen. Christinnen und Christen können gerade in politischen Entscheiden guten Gewissens gegensätzliche Standpunkte einnehmen. Oft ist dies ja eine Frage der Gewichtung verschiedener Faktoren bei der Einschätzung der Voraussetzungen unseres Handelns. Damit ist eine Absage an die Naturrechtslehre verbunden, die auch christliche Politik während Jahrzehnten prägte. Die Naturrechtslehre ging von einem philosophischen Naturbegriff der aristotelischen Tradition aus. Dieser liess sich in den vergangenen Jahrzehnten indes im politischen Diskurs in den westlichen Demokratien nicht mehr argumentativ einbringen. Er taugte nicht einmal mehr für den innerkirchlichen Diskurs in unseren Breitengraden. Auf diesem Hintergrund sind etliche Konflikte der jüngeren Zeit mit Kirchenleitungen zu sehen, die nach wie vor naturrechtlich argumentieren.⁴

Auf der Ebene der Grundwerte sollte indes immer wieder ein Konsens möglich sein. Sonst wird christliche Politik tatsächlich zur Leerformel. Christliche Politik wird in diesem Sinne immer auch pluralistisch sein, beliebig werden darf sie nie, will sie nicht ihre Glaubwürdigkeit verlieren.

In diesem Zusammenhang verdienen zwei Stichworte besondere Beachtung, die vor allem auch christliche Politik leiten sollten: Menschenbild und Menschenwürde.

1.2.1. Stichwort „Menschenbild“

Über das Menschenbild wird leider in der Politik viel zuwenig diskutiert. Dabei liegen Kontroversen in Normfragen oft verschiedene Menschenbilder zugrunde.

³ Wobei sich mir die Frage stellt, in welchem Masse auch jene Politiker, die sich „nur“ für Humanität einsetzen, von der christlichen Tradition mitgeprägt worden sind. Das historische Problem besteht darin, dass diese christlich mitgeprägte Humanität zu oft auch gegen die Kirche verteidigt werden musste und so dass Bewusstsein der christlichen Quellen verloren ging.

⁴ Typische Beispiele sind die Frage nach der staatlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften oder auch Streit um das Beratungsmodell zum Schwangerschaftsabbruch, was zu einem Konflikt der katholischen Kirche mit der CDU/CSU führte.

Offensichtlich ist dies in den aktuellen Diskussionen zum Schwangerschaftsabbruch, zur aktiven Euthanasie, zum Verhältnis Mensch-Tier. Weniger offensichtlich, aber meiner Ansicht nach trotzdem sehr relevant ist das Menschenbild auch in der Ausländerproblematik und im Streit um unsere Sozialwerke.

Der Grund liegt wohl darin, dass das Menschenbild eine sehr diffuse Grösse ist. Es geht ja letztlich um Fragen wie:

"Wer ist eigentlich der Mensch ?" und "Ergeben sich auch ethische Konsequenzen aus dem wie auch immer erkannten Menschsein?"

Diese Fragen können nur im Zusammenspiel von biologischen Bedingungen, anthropologischen Erkenntnissen und auch ethischer Reflexion beantwortet werden. Wenn der Mensch als Naturwesen nicht mehr bestehen kann und die Kultivierung der Natur zur Existenzfrage wird, stellt sich sofort die Frage nach dem verantwortlichen Umgang mit den natürlichen Voraussetzungen. Im Rahmen eines weit gefassten Kulturbegriffs gilt es Kulturen und Unkulturen voneinander zu unterscheiden. Mit anderen Worten geht es um die ethisch verantwortbaren Ziele menschlichen Handelns vom Ist-Zustand zum Soll-Zustand, ein Prozess, in welchem wir uns als handelnde Subjekte permanent befinden. Damit sind wir wieder bei jenen Werten, die wir als grundlegende Ziele für unser ethisches Handeln ansehen und deren Verfolgen unser Handeln als „gut“ im ethischen Sinne qualifiziert.

Um dies mit einem Beispiel zu verdeutlichen:

Wenn ich Freiheit im Sinne einer individualistisch verstandenen Autonomie verstehe, wird für mich ein lebenswertes Leben vor allem darin bestehen, dass ich möglichst unabhängig von meinen Mitmenschen mein Leben gestalten kann. Mobilität, Leistungsfähigkeit und Erfolg werden mir zu Werten. Das Angewiesensein auf Mitmenschen wird meine Lebensqualität in hohem Masse mindern. Gewisse Stadien der Demenz oder der Pflegebedürftigkeit werde ich als nicht mehr erträglich definieren. Konsequenterweise werde ich mich für die aktive Euthanasie einsetzen und diese auch als ethisches Postulat vertreten.

Wenn demgegenüber Freiheit für mich eingebunden ist in Beziehungen, diese letztlich dem Gemeinwohl zu dienen hat, relativiere ich meine Person. Solidarisches Handeln gegenüber Schwächeren in der Gemeinschaft wird mir zur Pflicht. Ich selbst werde auch dann nicht an meinem Lebenssinn zweifeln, falls ich einmal von Mitmenschen abhängig werden sollte. Aus diesem Grunde werde ich der aktiven Euthanasie kritisch gegenüber stehen.

Es ist offensichtlich, dass in unserer Gesellschaft verschiedene Lebensentwürfe und Menschenbilder einander konkurrenzierend gegenüber stehen, ohne dass diese allerdings diskutiert werden.

Für uns stellt sich damit die Aufgabe, dass wir uns auch über „das christliche Menschenbild“ Rechenschaft ablegen. Denn hier ist vor allem das spezifisch Christliche zu suchen.

Um es vorweg zu nehmen: Meiner Ansicht nach gibt es das christliche Menschenbild nicht. Die Argumentation mit dem christlichen Menschenbild hat auch ihre Gefahren. „Auf dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes entscheiden wir uns selbstverständlich für ...“ so und ähnlich lauten beliebte Formeln von christlichen Politikerinnen und Politikern. Mit ihnen wird vorgetäuscht, es gebe ein wohldefiniertes christliches Menschenbild, mittels welchem Normfragen eindeutig beantwortet werden können.

Gerade ein so definiertes christliches Menschenbild finden wir aber nicht vor. De facto müssen wir anerkennen, dass es verschiedene christliche Lebensentwürfe und Formen des Ethos gibt, sowohl von Einzelnen wie auch von Gruppen. Das christliche Menschenbild ist demnach auch eine plurale Grösse. Es gibt verschiedene christliche

Menschenbilder. Es gibt aber unverzichtbare Grundwerte und Elemente, die christliche Menschenbilder konstituieren. Darum lautet die Formel: Christliche Menschenbilder sind pluralistisch, aber nicht beliebig. Welches sind nun diese Grundwerte und Elemente, die christliche Menschenbilder gemeinsam haben?

- Menschsein ist qualitativ und quantitativ begrenzt

Zum christlichen Verständnis des Menschen gehört es, dass er nur einmal lebt. Er darf sich sowohl in seiner Einmaligkeit bejahen, muss sich aber auch seiner Begrenztheit bewusst werden. Begrenzt ist sein Leben aber nicht nur quantitativ, was die Zeit anbelangt, sondern auch qualitativ, das heisst eben in ethischer Hinsicht. Gerade derjenige, der sich um ethische Ziele bemüht, wird immer auch die Erfahrung des Scheiterns an diesen Zielen machen. Die christliche Tradition nennt diese Realität Sünde. Der Mensch ist darum grundsätzlich erlösungsbedürftig. Er ist nicht perfekt und kann aus eigener Kraft auch nicht vollkommen werden. In traditioneller Sprache formuliert heisst dies: Der Mensch ist dadurch geprägt, dass er immer auch Sünder ist. Im Vertrauen auf die Gnade Gottes wird er aber immer wieder zu neuem Handeln befreit.

Für christliche Politik ergeben sich daraus unter anderem die folgenden Postulate:

- Gesundheit, Arbeit und Leistung haben im Leben des Einzelnen und für die Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Sie dürfen aber nicht zu ethischen Prinzipien erhoben werden, die den Wert eines Menschen bestimmen.

Auch jene Menschen, deren Unvollkommenheit offensichtlich ist, z.B. durch physische, psychische oder soziale Mängel sollen geschützt und gefördert werden. Sie unterscheiden sich nicht grundsätzlich, sondern nur graduell von ihren Mitmenschen.

Geboten ist auch eine grundsätzliche kritische Einstellung gegenüber jedem Perfektionismus, wie er heute die verschiedensten Lebensbereiche prägt und der nicht mehr gewillt ist, den „Faktor Mensch“ auch mit seinen Begrenztheiten in die Planung einzubeziehen.

- Realistisches Menschenbild

Der Mensch ist nicht einfach gut und er ist auch nicht schlecht. Dem Menschen ist grundsätzlich alles zuzutrauen, im Guten wie im Schlechten. Trotzdem lohnt es sich – letztlich im Vertrauen auf die Gnade Gottes – an das Gute im Menschen zu glauben. Im Unterschied zu einem konsequenten Liberalismus, der darauf vertraut, dass jeder die Möglichkeit hat seines eigenen Glückes Schmied zu sein, wenn er nur nicht daran gehindert wird, erachten es Christen als wichtig, den Hang zum Bösen in jedem Menschen ernst zu nehmen und ihm darum Grenzen zu setzen. Das gilt für die Erziehung wie für die Gesetzgebung. Im Unterschied zu den Sozialisten, die ebenfalls auf das Gute im Menschen glauben, wenn nur der Staat die richtigen Voraussetzungen zu dessen Entfaltung schafft, sind wir auch dem staatlichen Handeln gegenüber kritisch. Staatliche Interventionen und Investitionen in allen möglichen Lebensbereichen schaffen nicht per se bessere Menschen. Rücksichtsloser Egoismus kann sich auch im Rahmen des alles fördernden Staates entfalten.

- Grundwert Gerechtigkeit

Gerechtigkeit als Basis des Gemeinwohls findet sich nicht nur bei Christinnen und Christen. Gerechtigkeit ist ein zentrales Ziel jeder Politik. Was Gerechtigkeit ist und wie sie zu erreichen ist, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Die CVP ging traditionell von der Soziallehre der kath. Kirche aus, welche einen möglichst umfassenden Gerechtigkeitsbegriff entwickelt hat, analog zum biblischen „Schalom“ der darum sicher nicht nur für Katholikinnen und Katholiken bedeutsam ist. Er wurzelt in der jüdisch-christlichen Tradition.

Bewährt haben sich meines Erachtens zwei Prinzipien der kirchlichen Soziallehre, die uns auch weiterhin gute Dienste leisten können:

- Das Subsidiaritätsprinzip und das Solidaritätsprinzip.

Das Subsidiaritätsprinzip ist das **Zuständigkeitsprinzip** der kirchlichen Soziallehre. Es ordnet die Zuständigkeit für das soziale Handeln zwischen einzelnen Handlungsträgern und der je übergeordneten Gruppierung der Gesellschaft. Grundsätzlich besagt es, dass die nächsthöhere (staatliche) Organisationsform nur dort eingreifen soll, wo die untergeordnete Instanz überfordert ist. Das Subsidiaritätsprinzip beinhaltet aber nicht nur einen Schutz vor einem allzu zentralistisch wirkenden Staatswesen, sondern es beinhaltet auch die Verpflichtung vor allem des Staates, dort zu helfen, wo untergeordnete Handlungsträger überfordert sind und der Hilfe bedürfen. Allerdings hat der Staat auch die Pflicht, dort einzugreifen, wo der einzelne kein Bedürfnis nach Hilfe äussert, wo er aber nach dem Urteil des Staates die betreffende Aufgabe nicht wahrnehmen kann. (Z.B. im Fürsorgebereich)

Grundsätzlich ist es das Ziel des Subsidiaritätsprinzips, dass der Staat primär das tut, was der einzelne und die kleineren Gemeinschaften nicht tun können und dass er bei seinem Handeln darauf achtet, dass er nicht die Eigeninitiative dieser Gruppierungen oder der Einzelnen hindert oder sogar lähmt. In der Schweiz haben wir mit dem Föderalismus, der im Wesentlichen auch dem Subsidiaritätsprinzip entspricht, sehr gute Erfahrungen gemacht. Desgleichen hat sich gerade auch im Sozialbereich gezeigt, dass subsidiäre Organisationen (z.B. Caritas) oft viel effizienter arbeiten als analoge staatliche Organisationen. Das Subsidiaritätsprinzip schützt vor einem Staat, der bevormundet, ohne aber ins andere Extrem zu verfallen und das Wirken des Staates generell zu verteufeln, resp. minimalisieren zu wollen. Insofern ist es nicht mit dem Föderalismus identisch zu setzen. Dem nur die eigenen Interessen verfolgenden Gemeinwesen hat der Staat Grenzen zu setzen.

Das Solidaritätsprinzip ist das **Struktur- und Organisationsprinzip** einer menschlichen Gemeinschaft im Sinne der kirchlichen Soziallehre:

"Während der Individualismus beim Einzelmenschen ansetzt und die Gemeinschaft nur sekundär noch irgendwie berücksichtigt und einbezieht und der Kollektivismus bei der Gemeinschaft ansetzt und den Einzelmenschen zu kurz kommen lässt, ist für den Solidarismus kennzeichnend der Ansatz bei Individuum und Gemeinschaft zugleich."⁵

Die Spannung zwischen Individuum und Gemeinschaft soll weder nach der einen noch der anderen Seite aufgelöst werden. Grundlegend ist die Einsicht, dass die Menschen in Gemeinschaften verstrickt sind und damit auch aufeinander

⁵Pförtner S./Heierle W., Einführung in die katholische Soziallehre, Darmstadt 1980, 140.

angewiesen sind.⁶ Daraus ergibt sich die Forderung, dass sowohl der einzelne für das Wohl der Gemeinschaft verantwortlich ist, wie auch die Gemeinschaft für den einzelnen einzustehen hat. Diese Sicht vom einzelnen und der Gesellschaft hat Konsequenzen. (Z.B. in bezug auf die Eigentumsfrage: Eigentum kann nicht mehr als absolute Grösse betrachtet werden, es hat immer auch mit Johannes Paul II gesprochen eine "soziale Hypothek".)

Das Solidaritätsprinzip verhindert so auch eine egoistische Auslegung des Subsidiaritäts-prinzips indem es dazu auffordert, immer auch das ganze, das Gemeinwohl, im Auge zu behalten.

- Grundwerte Liebe und Freiheit

Wir können dasselbe Thema in einer Variation auch von diesen beiden klassischen Grundwerten her angehen.

Die Grundwerte Liebe und Freiheit in ihren verschiedensten Ausgestaltungen, mit verschiedensten Akzenten haben das geprägt, was man gemeinhin "christliches Abendland" nennt. Es gehört zu unserer Tradition und zu unserm Selbst-Bewusstsein, dass wir sowohl frei sind, dass wir Handlungsfreiheit und Entscheidungsfreiheit haben, obwohl dies immer wieder auch in Frage gestellt wurde. Doch haben sich gerade solche fatalistischen Infragestellungen meist nicht durchsetzen können: Letztlich lassen sie sich ebenso wenig begründen, wie die Behauptung, der Mensch sei grundsätzlich frei. Die Praxis, der Umgang mit der eigenen Freiheit entscheidet. Ebenso gehört es auch zu unserm Selbst-Bewusstsein, dass wir unsere Erfüllung in der Liebe finden, sei es in der Form der Partnerschaft, des Freundeskreises, einer Gemeinschaft bis hin zur weltweiten Solidarität. Entscheidend in der christlichen Tradition ist, dass das Gebot der Nächstenliebe, die Agape, nichts mit Sympathie oder gar Erotik zu hat. Agape ist die soziale Form der Liebe, die wir am ehesten wiederum mit Solidarität übersetzen können.

Man könnte für unsern Kulturraum (vermutlich nicht nur für ihn) sowohl eine Liebes- wie eine Freiheitsgeschichte mit ihren Höhepunkten schreiben. Im Sinne von Gal 5,1ff. ist für ein christliches Menschenbild festzuhalten, dass es nie Liebe ohne Freiheit, aber auch nie Freiheit ohne Liebe geben darf. Freiheit ist immer eine Freiheit auf mehr Liebe hin. Dies gilt für den privaten, wie auch für den gesellschaftlichen Bereich. Es kann keine liberale Politik von Christen geben, die sich nicht auch für mehr Liebe in all ihren Formen einsetzt: Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden im Sinne der Gewaltfreiheit auf möglichst vielen Ebenen.

Umgekehrt wird aber auch Liebe, welche die andern nicht immer auch freilässt, erdrückend. Auch Liebe ist immer Liebe, die befreit. (Idealbild ist das Bild des gnädigen Gottes, der in seiner Liebe immer wieder den Menschen freisetzt. Das beginnt in der Schöpfungsgeschichte, setzt sich fort im Exodus und zeigt sich schliesslich im Bild des Vaters, das Jesus selbst z.B. im Gleichnis vom verlorenen Sohn zeichnet.) Es kann keine grundsätzliche Bevormundung im Namen der Liebe geben. Auch dies gilt für den privaten wie für den gesellschaftlichen Bereich. Dies spricht wiederum für das Subsidiaritätsprinzip, dass dem Wirken des Staates immer auch Grenzen zu setzen hat. Hier ist gerade die fundamentalistische sozialistische Versuchung, genau zu wissen, was die Bürgerinnen und Bürger letztlich brauchen und sie diesbezüglich darum zu bevormunden, in ihre Grenzen zu weisen.

⁶ Während bei uns diese Einsicht von sogenannten „neoliberalen“ Politikern gerne verdrängt wird, hat in den USA der Kommunitarismus die Chance eines Ansatzes beim Gemeinwohl neu entdeckt. (Siehe z.B., Walzer Michael, Vernunft, Politik und Leidenschaft. Defizite liberaler Theorie, Frankfurt a.M. 1999)

Liebe und Freiheit müssen immer zusammen gedacht werden. Allerdings kann es verschiedene Akzente geben. Im politischen Bereich kann jede Politik, die versucht soziale Anliegen mit liberalen Postulaten in Einklang zu bringen, für sich in Anspruch nehmen, christliche Grundwerte zu vertreten.

Wenn wir ein gesellschaftliches Fazit der vergangenen Jahre ziehen wollen, so hat sich gezeigt, dass der sogenannte real existierende Sozialismus nicht zuletzt daran gescheitert ist, dass er versuchte, unter Zwang eine ideale Gesellschaft zu errichten, ohne den Faktor Freiheit genügend zu berücksichtigen. Dies ist aber kein Grund für die westlichen Gesellschaften zu triumphieren. Gerade bei uns hat sich im Verlauf der letzten 150 Jahre gezeigt, dass ein Kapitalismus, der nur die Freiheiten der Unternehmer zu respektieren gewillt ist, genauso unmenschlich wird. Schliesslich war es ja dieser extreme Wirtschaftsliberalismus, der das Entstehen des Kommunismus im 19. und 20. Jahrhundert erst ermöglicht hat. Christen werden nicht in das Triumphgeschrei einstimmen: Dem real existierenden Kapitalismus steht seine Bewährung erst noch bevor: Die weltweite Ermöglichung, auch für die Länder der dritten Welt, von Sozialpartnerschaft im Rahmen einer sozialen und nachhaltigen Marktwirtschaft. Christinnen und Christen haben aus den Erfahrungen der Geschichte die Einsicht gewonnen, dass zum Gelingen von Gemeinschaft immer die zwei Grundwerte Freiheit und Liebe verwirklicht werden müssen. Dies macht sie kritisch gegenüber totalitären Lösungen, die nur einen Wert auf Kosten des andern betonen. Dass dies für alle menschlichen Gemeinschaften und damit nicht zuletzt auch für die Kirchen gilt, sei hier nur am Rande erwähnt.

1.2.2. Stichwort „Menschenwürde“

Menschenwürde ist ein Begriff, der durch seinen häufigen Gebrauch ebenfalls zur leeren Worthülse zu werden droht.⁷ Grundlegend sind nach wie vor die Überlegungen von Immanuel Kant.

Wenn es eine spezifische Würde gibt, die jedem Wesen der Gattung Mensch zukommt, muss diese Würde auch darin begründet sein, was dieses Wesen eben zum Menschen macht. Das heisst, dass der Mensch eben darum eine besondere Würde hat, weil jeder Mensch in sich wertvoll ist. Würde kann nur etwas haben, das in sich selbst Wert hat und das nicht ausgetauscht werden kann. Dieser Wert macht die Würde des Menschen aus. Daraus leitet sich der folgende kategorische Imperativ ab:

"Lebe so, dass du den andern Menschen jederzeit zugleich als Zweck aus sich selbst und nie bloss als Mittel brauchst."⁸

⁷ Zudem wird er heute im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zur „Tierwürde“ ebenfalls in Frage gestellt. Darauf kann ich aus Platzgründen nicht eingehen.

⁸ Ausführlich lautet der sogenannte zweite kategorische Imperativ bei Immanuel Kant wie folgt:

"Der Mensch ist zwar unheilig genug, aber die Menschheit in seiner Person muss ihm heilig sein. In der ganzen Schöpfung kann alles, was man will, und worüber man etwas vermag, auch bloss als Mittel gebraucht werden; nur der Mensch, und mit ihm jedes vernünftige Geschöpf, ist Zweck an sich selbst. Er ist nämlich das Subjekt des moralischen Gesetzes, welches heilig ist, vermöge der Autonomie seiner Freiheit. Eben um dieser willen ist jeder Wille, selbst jeder Person ihr eigener, auf sie selbst gerichteter Wille, auf die Bedingung der Einstimmung mit der Autonomie des vernünftigen Wesens eingeschränkt, es nämlich keiner Absicht zu unterwerfen, die nicht nach einem Gesetze, welches aus dem Willen des leidenden Subjekts selbst entspringen könnte, möglich ist; **also dieses niemals bloss als Mittel, sondern zugleich selbst als Zweck zu gebrauchen** (Hervorhebung M.A.). Diese Bedingung legen wir mit Recht sogar dem göttlichen Willen, in Ansehung der vernünftigen Wesen in der Welt, als seiner Geschöpfe, bei, indem sie auf der Persönlichkeit derselben beruht,

Die Menschenwürde ist demnach dann verletzt, wenn ein konkreter Mensch zum Objekt, zu einem blossen Mittel, zu einer vertretbaren Grösse herabgewürdigt ist. Was hier abstrakt formuliert ist, hat weitgehende Konsequenzen, z.B. was das Verhältnis Mann-Frau (Pornographie, Vergewaltigung), Arbeitgeber-Arbeitnehmer, Arzt-Patient und aktuell: die Möglichkeiten der Gentechnologie, z.B. das Klonen anbelangt.

Welches Handeln allerdings konkret die Menschenwürde verletzt, kann nie abschliessend gesagt werden. Zwei grundsätzliche Erfahrungen haben immer dazu geführt, dass Menschenwürde neu verstanden, resp. der inhaltliche Geltungsbereich ausgeweitet wurde:

1.) Verletzungserfahrungen: Den Menschen wird bewusst, dass ein Handeln, ein Zustand, ein Gesetz, eine Struktur usw. die Menschenwürde verletzt.

2.) Die Ermöglichungserfahrungen: Die Verletzung wird dann nicht mehr hingenommen, wenn es möglich erscheint, dass die Verletzungen verhindert werden können.

Als Beispiel möge die Aufhebung der Sklaverei dienen. Solange es für die meisten Menschen selbstverständlich war, dass zumindest gewisse Wirtschaftszweige nicht auf die Sklaverei verzichten konnten, dachte man nicht daran, durch Gesetze die Sklaverei zu verbieten, man war gewillt, sie als notwendiges Übel hinzunehmen. Erst als eine Gesellschaft ohne Sklaverei auch gedacht und als möglich angesehen wurde, entschlossen sich Staaten zu einem Verbot der Sklaverei. Einen ähnlichen Prozess kann man auch in bezug auf die Rechte der Frau feststellen.

Was offensichtlich ist: Der Begriff der Menschenwürde kann nur verstanden werden, wenn man sich der geschichtlichen Erfahrungen bewusst ist, die ihn füllen. Für uns sind dies vor allem jene Erfahrungen, die mit dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus verbunden sind. Nicht umsonst ist in der Präambel des deutschen Grundgesetzes aus dem Jahr 1948 die Menschenwürde verankert. Auch die Kirchen haben sich den Einsatz für die Menschenwürde und die sie konkretisierenden Menschenrechte in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Anliegen gemacht. Der diesbezügliche Einsatz von Johannes Paul II wird ihm seinen Platz in der Geschichte sichern.

C-Parteien tun daher gut daran, in diesen Fragen mit den Kirchen einen regen Gedankenaustausch zu pflegen. Nicht dass die Kirchen hier Direktiven zu Tagesfragen auszugeben hätten. Aber ihr prophetisches Engagement und die Grundlagenreflexion der Theologischen Ethik machen die Kirchen zu unverzichtbaren Gesprächspartnern.

2. Wer macht „christliche“ Politik?

Angesichts des Befundes des ersten Kapitels ist es offensichtlich, dass grundsätzlich jene Christinnen und Christen, die basierend auf einem christlichen Menschenbild politisieren, - das geprägt ist durch die Grundwerte Gerechtigkeit, Freiheit, Liebe und Solidarität - die die Menschenwürde respektieren, den Menschenrechten zum Durchbruch verhelfen wollen

dadurch allein sie Zwecke an sich selbst sind." (Kritik der praktischen Vernunft, Weischedel-Ausgabe, 155f.)

und die in einem wechselseitigen kritischen Dialog mit den Kirchen stehen,⁹ für sich in Anspruch nehmen können, christliche Politik zu betreiben.

Es ist offensichtlich, dass dieses Kriterium nicht nur Politikerinnen und Politiker der C-Parteien erfüllen. Wir werden auch Freisinnige, Grüne, Sozialdemokraten und SVP-Politiker finden, die den Kriterien entsprechen. So wurde denn auch in den vergangenen Jahrzehnten Rufe immer lauter, die die „Existenzberechtigung“ der christlichen Parteien in Frage stellten. In bezug auf die CVP wurde dies vor allem mit dem Argument begründet, dass der Kulturkampf zu Ende sei und es keine Parteien mehr brauche, die die Interessen der Kirchen verträten. C-Parteien seien ein Relikt des 19. Jahrhunderts. Zynisch gesagt: Sie haben das 20. Jahrhundert noch überlebt, im 21. Jahrhundert werden sie überflüssig. Die Sozialdemokraten machen die bessere Sozialpolitik und die Freisinnigen die bessere Wirtschaftspolitik, also entscheidet man sich besser für eine dieser Alternativen. Wäre es nicht sinnvoller, dass sich Christinnen und Christen in den verschiedensten Parteien engagieren und sich dafür untereinander vernetzen, was unserer Tradition der Konkordanz eher entsprechen würde?

3. Braucht es noch C-Parteien?

Die Entwicklung der vergangenen Jahre muss uns hellhörig machen. Christlichen Politikerinnen und Politikern aus anderen Parteien kann ihre Integrität sicher nicht abgesprochen werden. Sie stehen aber vor einem Problem: Sie können in ihren Parteien nicht mit dem Hinweis auf einen Wertekonsens aufgrund eines christlichen Menschenbildes argumentieren. Sie werden immer wieder in den Konflikt kommen, Postulate und Elemente eines Parteiprogramms mittragen zu müssen, die diesem widersprechen.

Allerdings: Für die C-Parteien ergibt sich die Notwendigkeit, sich nebst dem Willen zur Kooperation immer auch von den anderen Parteien klar abzugrenzen.

Gegenüber sozialistischer und sozialdemokratischer Politik hat dies Tradition. Dies gilt nicht nur in bezug auf den Lebensschutz, sondern auch was die mangelnde Beachtung des Subsidiaritätsprinzips anbelangt.

Gegenüber den Auswüchsen bürgerlicher Politik der vergangenen Jahre fällt dies schwieriger. Aber auch hier tut Abgrenzung Not: Die Diffamierung der Sozialpolitik bis hin zur Verächtlichmachung des Staates, seiner Amtsträger und Beamten, populistisches Kokettieren mit Fremdenfeindlichkeit bis hin zum Rassismus, aber auch eine Wirtschaftspolitik der Profitmaximierung um jeden Preis muss auf den Widerstand christlicher Politik stossen. Marktwirtschaft hat immer auch soziale Marktwirtschaft zu sein.¹⁰

Im Moment ist es noch undankbar, eine Politik der Mitte auch wirklich und konsequent durchzuziehen. Es macht den Anschein, dass die Mitte aufgegeben werden könnte. Da ist die Versuchung gross, auf den populistischen Zug aufzuspringen. Ich bin überzeugt, dass diese Form des Politisierens langfristig

⁹ Dieses Kriterium entspricht dem katholischen Verständnis, wie es in der kirchlichen Soziallehre zum Ausdruck kommt. Viele Protestanten werden ihm auch zustimmen ohne es aber als *conditio sine qua non* anzusehen.

¹⁰ Dies ist eine Quintessenz der kirchlichen Soziallehre, wie sie in der Enzyklika „Centesimus Annus“ von Johannes Paul II (1991) zum Ausdruck kommt. Diese Enzyklika hat die kirchliche Soziallehre zu einem gewissen Abschluss gebracht. Ohne klare Normen für den Einzelfall vorzugeben, setzt sie doch Leitplanken, die gerade für eine Politik der Mitte ernst zu nehmen sind.

verheerend ist. Es wird eine Zeit kommen, in der konstruktive und realitätsbezogene Sachpolitik, basierend auf einem berechenbaren weltanschaulichen Fundament auch von den Wählerinnen und Wählern wieder honoriert wird. Es kann allerdings eine Durststrecke in der näheren Zukunft geben. Diese ist integer durchzustehen. Denn gerade Christinnen und Christen werden an dieser Integrität gemessen. So gilt es, sich heute mutig dort abzugrenzen, wo der breite Spielraum, den christliche Politik uns lässt, eindeutig überschritten wird. Die Zukunft wird es lohnen. Die Alternative wäre die, dass christliche Politik zu einer leeren Chiffre wird, unter welcher je nach Situation alles Mögliche verkauft werden kann. Das würde dann längerfristig tatsächlich zum Ruin der C-Parteien führen. Darum ist gerade heute, wo die Extremismen wieder salonfähig werden, christliche Politik gefragt. Eine christliche Politik, die aber nicht einfach alles mitmacht, sondern die gegenüber den Extremismen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, ein klares Nein entgegengesetzt und notfalls auch die Kooperation verweigert. Das ist heute nicht populär. Doch christliche Politik hat in erster Linie nicht populär zu sein. Sie hat sich in erster Linie vor dem eigenen Gewissen und vor Gott zu verantworten, sollte dies auch Wähleranteile kosten. Vielleicht liegt in diesem Mut zu Unpopularität das entscheidende Unterscheidungsmerkmal von wirklich christlicher Politik und jener Politik, die das Christliche nur dann für sich reklamiert, wenn es opportun ist.

4. Zwei Bemerkungen zur Strategie:

Leider müssen in der Zeit des permanenten Wahlkampfs immer auch noch einige Worte zur Strategie gemacht werden. Um es kurz zu machen:

4.1. Das C verpflichtet zur Sauberkeit auch in den Niederungen der Politik

Christliche Politikerinnen und Politiker werden an ihrem christlichen Anspruch gemessen. Dies hat sich z.B. in der deutschen Spendenaffäre gezeigt, aber auch beim Verhalten gewisser CVP-Politiker. Es wird ein höheres Mass an Wahrhaftigkeit und ethischer Konsequenz gefordert. Was bei anderen Politikern als „normal“ angesehen wird, z.B. Karrieredenken, Protektion, unlautere Winkelzüge usw., führt bei christlichen Politikerinnen und Politikern zur vernichtenden Kritik. Diese Erwartung wird für uns dann zur langfristigen Chance, wenn wir versuchen, diesen höheren Ansprüchen auch zu entsprechen. Andernfalls schaden wir nicht nur unserer Partei, sondern grundsätzlich auch dem Anliegen, unsere Gesellschaft entsprechend den oben erwähnten Grundwerten zu humanisieren.

4.2. Welche Schlagworte soll heute christliche Politik „besetzen“

Es hat sich in der jüngeren Vergangenheit gezeigt, dass es sich in bezug auf Wähleranteile lohnt, gewisse Schlagworte zu besetzen. Die SVP operiert diesbezüglich mit grossem Erfolg. Auch hier haben wir ein Handicap. Stichworte wie „Sicherheit“, „Volk“, „Heimat“ verbunden mit Äusserungen, die sich immer haarscharf an die Grenze des Antirassismusesgesetzes wagen¹¹, sind für uns tabu.

Ich stelle aber fest, dass es zwei der in diesem Papier behandelten Begriffe gibt, die in weiten Teilen der Bevölkerung auf grosse Akzeptanz stossen und die meines Erachtens noch nicht „besetzt“ sind:

¹¹ Z.B. Das Plakat gegen das Kulturzentrum der Kosovo-Albaner

- **Ethik:**

Noch vor zwanzig Jahren hat man nur wenig von Ethik gesprochen. Wer sich, wie ich, im Bereich Ethik spezialisieren wollte, war auf die Theologischen Fakultäten angewiesen. Heute ist Ethik populär. Den Kirchen und Theologischen Fakultäten wird gerne klar gemacht, dass sie hier kein Monopol geltend machen können. Es muss aber deutlich gesagt werden, dass die Kirchen – und damit auch Christinnen und Christen – sich für mehr Ethik, resp. ethisches Suchen und Handeln, auch dann ausgesprochen haben, als dies noch unpopulär war. Die Ethik ist bei Christinnen und Christen gut aufgehoben, auch in Krisenzeiten. Dies legitimiert uns auch, diesen Begriff als Markenzeichen zu führen.¹²

- **Menschenwürde:**

Das Thema wird uns in den kommenden Jahren beschäftigen. Zum einen wird es in Auseinandersetzung mit Themen wie „Würde des Tieres“, Kritik am „Anthropozentrismus“, aber auch in den Fragen des Lebensschutzes (Gentechnologie – z.B. im Zusammenhang mit der Stammzellenforschung – Euthanasie) darum gehen, einen positiven Begriff des Menschen und seiner Würde neu auszuarbeiten. Diesbezüglich hat christliche Politik eine Tradition, die wir nicht aufgeben dürfen. Wenn es uns gelingt, uns nüchtern (nicht fanatisch oder fundamentalistisch) in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen, stehen wir zu unserer Integrität und unseren fundamentalen Zielen.

Dies gilt auch für die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und rassistischen Äusserungen. Der Faschismus-Vorwurf bringt hier nicht viel. Der Begriff wurde zu ausufernd in den 70-iger und 80-iger Jahren gebraucht, als dass er konkret noch etwas aussagen könnte. (Er wird ja auch von Christoph Blocher gegenüber den Sozialdemokraten ins Spiel gebracht.) Der Begriff Menschenwürde ist hier als positiver Begriff von uns einzubringen. Er taugt plakativ, lässt sich aber auch mit konkreten Gehalten füllen. Natürlich wird der Spott der Rechten damit eine dankbare Angriffsfläche finden. Der positive Gehalt des Begriffs wird aber gerade diesen Spott entlarven.

Anlässlich der Üetlibergtagung, 19.Juni 2004

¹² Erfreulich und wegweisend ist die Abfuhr, die Bundesrat Deiss Nationalrat Mörgeli Ende März 2000 erteilt hat, als dieser den Vorwurf machte, der Bundesrat lasse sich zu sehr von der „Ethik“ leiten.